Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Freitag, den 23. April 1880. Nr. 188.

Deutscher Reichstag.

35. Sitzung vom 22. April.

Präsident Graf von Arnim eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 30 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: Dr. v. Schelling mit mehreren Kommissarien.

Der Abg. Dr. Klugmann hat in Folge seiner Ernennung zum Senator in Lübeck sein Mandat niedergelegt.

Tagesordnung:

I. Fortsetzung der zweiten Berathung des Gesetzentwurfs betreffend den Wucher auf Grund des Berichts der XII. Kommission.

Zur Berathung steht Art. 3 in Verbindung mit den Anträgen des Abg. Dr. Lasker, welche in der Hauptsache dahin gehen, die Cessionare, welche eine Forderung in gutem Glauben erworben haben, vor den civilrechtlichen Folgen des vorliegenden Gesetzes zu schützen.

Abg. v. Kleist-Retzow erklärt sich gegen die Lasker'schen Anträge, deren Annahme das von der Regierung vorgeschlagene, allein wirksame Ungültigkeitsprinzip wieder beseitigen würde. Dieselben ermöglichten eine Umgehung des Gesetzes, was unter allen Umständen vermieden werden müsse.

Abg. Dr Lasker wirft dem Staatssekretär von Schelling vor, daß seine neulichen Ausführungen gegen seine Anträge juristisch völlig unhaltbar seien. Der Artikel 3 sei nur ein Ausdruck der augenblicklichen Strömung gegen das wucherische Treiben. Soweit man mit diesem Gesetze den Wucher selbst treffen wolle, sei er bereit, eine weite Strecke mit der Majorität zu gehen; für ihn höre aber in dem Augenblicke die Unbefangenheit auf, in welchem der Unschuldige mit dem Schuldigen unterschiedslos von den Folgen dieses Gesetzes getroffen werden soll, dadurch würde auch der gesunde Theil des wirthschaftlichen Verkehrs in Mitleidenschaft gezogen werden. Wer eine Forderung gutgläubig erworben habe, müsse gegen eine Strafe geschützt werden, die das Gesetz allein über den Wucherer verhängen will. Redner giebt dem Hause eventuell anheim, den Artikel 3 gänzlich zu beseitigen und die Regelung der civilrechtlichen Bestimmungen einer künftigen Gesetzgebung vorzubehalten.

Bundeskommissar Geh. Rath Arends erklärt sich gegen das Lasker'sche Amendement, soweit dasselbe das Ungültigkeitsprinzip berührt. Bei Wechsel- und Hypothekenforderungen, welche von Hand zu Hand gingen, liege die Sache so, daß der Inhaber derselben ohne Rücksicht auf den Ursprung der Forderung in seinem Rechte geschützt werden müsse; anders stehe die Sache mit den gewöhnlichen Forderungen. Diese kämen nicht in den Verkehr, und es sei ein Grundsatz des gemeinen Rechts, nicht blos des römischen, sondern auch des preußischen, des französischen u. A., daß eine von vornherein ungültige Forderung dadurch nicht besser werden kann, daß sie durch einen einseitigen Akt auf einen Anderen übertragen wird.

Abg. Dr Reichensperger (Olpe) hält es für unmöglich, auch selbst dem Wucherer den Zinsengenuß zu entziehen. Man dürfe auch den verabscheuungswürdigen Wucher nur mit Mitteln des Rechts, nicht mit solchen des Unrechts bekämpfen. Was die Cessionen anlange, so könne er dem Abg. Lasker in seinen Ausführungen nicht folgen. Der Wucherer würde bei Annahme des Lasker'schen Antrages nichts Eiligeres zu thun haben, als seine Forderung an einen Dritten zu cediren. Dem Cessionar verbleibe das Recht, sich wegen seiner Forderung an den Cedenten zu halten.

Abg. Dr Wolffson führt aus, daß die Rückgewähr einer Forderung gegen den Cessionar sich nicht begründen lasse. Das Gebiet, das der vorliegende Gesetzentwurf umfasse, sei ein strafrechtliches; weshalb wolle man denn noch civilrechtlich eine Prämie auf den Leichtsinn Derjenigen setzen, welche ein wucherisches Geschäft abschließen? Der Redner beantragt eine Verweisung des Artikels III. an die Kommission zur nochmaligen Prüfung der Frage, inwieweit hier eine Aenderung nothwendig erscheint.

Die Diskussion wird geschlossen.

Der Antrag Wolffson auf nochmalige kommissarische Berathung wird abgelehnt; ebenso der Antrag Lasker, soweit derselbe das Recht der Rückgewähr einer wucherischen Forderung nur gegen den Wucherer selbst für zulässig erachten will. Dagegen wird ein Antrag Lasker-Reichensperger und mit demselben Artikel III. angenommen, wonach das Recht der Rückforderung mit dem Ablauf des fünften Jahres vom Tage der erfolgten Leistung ab verjährt.

Damit ist die zweite Berathung beendet.

II. Erste Berathung der allgemeinen Rechnung über den Reichshaushaltsetat pro 1875. Dieselbe geht an die Rechnungskommission.

III. Zweite Berathung der Liquidationen aus der französischen Kriegsentschädigung.

Dieselben werden für erledigt erklärt.

IV Berathung des Berichts der Reichsschulden-Kommission. Auch dieser wird debattelos für erledigt erklärt.

V. Erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Unterstützung der deutschen Seehandels-Gesellschaft.

Der Regierungs-Vertreter verweist darauf, daß ein Theil der politischen Parteipresse in feindlicher Weise das Projekt der Garantie für die Seehandels-Gesellschaft als etwas Willkürliches und Verwerfliches darzustellen sich bemüht habe. Allein er hoffe, daß das Haus der Regierung die Anerkennung nicht versagen werde, daß sie von ihrem Standpunkte aus einfach ihre Pflicht erfüllt, indem sie den Besitz des deutschen Handels und der Schifffahrt im Auslande als ihre verfassungsmäßige Pflicht erklärte. Die Vorlage bewege sich durchweg in der Richtung der deutschen Politik. Es handle sich hier nicht um die Gründung eines neuen Unternehmens, nicht um einen zu erzielenden Gewinn, sondern um die Erhaltung eines vor Jahren begonnenen, mühsam und erfreulich entwickelten und weiter entwickelungsfähigen Unternehmens, um die Abwendung eines unmittelbaren Verlustes deutscher Handelsbeziehungen. Gehe diese Besitzung in fremde Hände über, so sei sie zugleich für Deutschland verloren, ihr Verlust berühre also Deutschland unmittelbar, und es würde eine nachtheilige Rückwirkung auf Deutschland in jenen entfernten Meeren gar nicht zu vermeiden sein. Alle die mühsam gepflogenen Verhandlungen zu Gunsten unserer Landsleute in der Südsee würden gegenstandslos geworden sein. Dafür vermöge die Regierung aber die Verantwortlichkeit allein nicht zu übernehmen. Der Redner führt dann weiter aus, daß es einen anderen Weg, als den betretenen, nicht gegeben habe, um das Unternehmen für Deutschland zu erhalten, da die Erwerbung durch das Reich als untauglich erschienen sei. Er empfiehlt die Vorlage der wohlwollenden Prüfung durch das Haus und hofft, daß dieselbe Seitens der Majorität Annahme finden werde.

Abg. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg: Es handle sich um den Schutz großer nationaler Handelsinteressen. Das ergebe sich aus den sämmtlichen Berichten des deutschen Konsulats in Samoa. Durch Ablehnung der Vorlage würde man einen politischen Fehler begehen und zum Theil die Machtstellung wieder aufgeben, welche das deutsche Reich jenseits des Oceans seit dem Jahre 1870 so mühsam gewonnen habe. Die Vorlage biete technisch keine Bedenken und sei um so annehmbarer, wenn man bedenke, daß sie auch den Auswanderern zu Gute kommen werde.

Abg. Dr. Bamberger: Bis jetzt habe ich noch nichts gehört, was die Absicht rechtfertigen könnte, Privatgesellschaften im Auslande zu subventioniren. Die Herren Vorredner haben zur Sache selbst wenig gesprochen. Der Herr Staatssekretär Scholz hat nur die Presse angegriffen. Was ich aber über die Sache in Hamburger und Bremer Blättern gelesen habe, stimmte mit dem, was der Herr Regierungs-Kommissar gesagt, wenig überein. Ich nehme an, die Regierung hat ihr gutes Herz im ersten Sturme erobern lassen und dürfte nunmehr durch ihre Konsularbeamten etwas erleuchteter geworden sein Wenn man mir jetzt den Vorwurf gemacht hat, ich vertrete vorzugsweise Handelsinteressen, so wird man an diesem Beispiel ersehen, daß ich für den Ackerbau dasselbe Gute wünsche. Warum subventionirt man nicht in derselben Weise unsere Landwirthschaft, die unausgesetzt Klage führt? Es ist eigenthümlich, daß sich die verbündeten Regierungen gerade das zahlungsunfähigste Haus ausgesucht haben, um es zu subventioniren. Es entspreche sehr wenig den nationalen Interessen, die 10 Mill. in's Ausland zu schicken. Redner verspricht sich von der Sache keinen Erfolg und behauptet, daß schon die abgeschlossenen Konsular- und Freundschaftsverträge ihre Schatten geworfen hätten. Man dürfe den Ruf der Deutschen Nation nicht in ein insolventes Unternehmen hineinziehen. Die Herren Godeffroy u. Co. würden als „Könige der Südsee" bezeichnet. Wir hatten hier auch solche Könige, die sog. „Eisenbahnkönige", wir kennen deren Ende und wollen „König Stephan" nicht ein gleiches Ende wünschen. Der Reichskanzler kennt die bezüglichen Verhältnisse, er kennt auch die Geschäftsart des Hauses G., die sich am besten durch die Thatsache charakterisirt, daß viele Schiffseigner dem Herrn Reichskanzler angezeigt, daß, wenn die Plackereien, welchen sie in der Südsee durch die Agenten dieses Hauses ausgesetzt seien, nicht aufhörten, sie unter fremder Flagge ferner fahren würden. Redner beziffert den deutschen Export auf nur 22 Prozent, während auf England 78 Prozent entfielen. Der deutsche Export bestehe größtentheils aus s. g. Strickwaaren, die für die dort lebenden Europäer bestimmt seien. Aus einer Beschwerdeschrift an den Reichskanzler sucht Redner den Nachweis zu führen, daß sich die deutschen Konsuln auf den Samoainseln viel zu sehr mit den Interessen des Hauses Godeffroy beschäftigten, die deutschen Interessen aber bei Seite ließen. Es sei deshalb sehr zweifelhaft, daß das nationale Interesse die Erhaltung der Besitzung fordere. Die Berichte, welche von dort hier eingingen, gingen von Godeffroy'schen Konsuln aus, die keinen Glauben verdienten. Redner schildert die Schwierigkeit der Verwaltung, da es an geeigneten Persönlichkeiten fehle. Aktiengesellschaften seien überhaupt für Handelsgeschäfte ungeeignet und hier empfehle sogar die Regierung die Bildung einer solchen. Die Deutschen seien auf Samoa in so geringer Zahl vorhanden, daß es sich ihretwegen nicht der Mühe verlohne, Handelsbeziehungen mit Samoa aufrecht zu erhalten und neue anzuknüpfen. Redner ist von der Nothwendigkeit der Ablehnung der Vorlage so sehr durchdrungen, daß er nicht einmal den Antrag auf kommissarische Berathung stellen will, sondern die bestimmte Erwartung ausspricht, es werde das Haus die Vorlage a limine ablehnen.

Geh. Rath v. Kusserow behält sich vor, die Behauptungen des Vorredners im Einzelnen zu widerlegen. Er bittet deshalb, durch diese völlig unbegründeten Behauptungen sich nicht beeinflussen zu lassen. Der Redner habe seine ganze Information von den Gegnern des Hauses Godeffroy erhalten. Es handle sich hier aber keineswegs um eine Unterstützung des Hauses, sondern um die Erhaltung eines Unternehmens im Interesse unseres Handels und unserer Schifffahrt. Er hoffe bestimmt, das Haus werde nicht dem Rathe des Herrn Bamberger folgen und der Vorlage zustimmen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr.

T.-O.: Fortsetzung der heutigen Berathung, Gesetz über Faustpfandrecht an Eisenbahnen, Gesetz über die Küstenschifffahrt.

Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 22. April. Am Sonnabend, den 24. April, gedenkt der Kaiser, wie die „Prov.-Korr." meldet, sich nach Wiesbaden zu begeben und dort ungefähr bis 9. Mai zu verweilen. Am 11. Mai sollen in Berlin die ersten Truppenbesichtigungen stattfinden.

— Ihre Majestät die Kaiserin besuchte vorgestern die Augusta-Stiftung zu Charlottenburg.

— Der Kaiser und die Kaiserin hatten für heute früh dem Direktorium der Internationalen Fischerei-Ausstellung ihren Besuch ansagen lassen. Zum Empfange der Majestäten hatte sich die Majorität der Direktionsmitglieder, an ihrer Spitze der Ehrenpräsident Minister Dr. Lucius, Kammerherr von Behr Schmoldow und Ministerialdirektor Marcard, eingefunden, alle dem ausdrücklichen Wunsche des Kaisers folgend, im Gesellschaftsanzuge ohne Orden. Um die zehnte Stunde erschienen der Prinz und die Prinzessin Friedrich von Hohenzollern, bald darauf Prinzessin Friedrich Karl und harrten in Gemeinschaft mit den offiziellen Persönlichkeiten der Ausstellung der Ankunft der Allerhöchsten Herrschaften.

Mit dem Glockenschlage zehn fuhr der Wagen des Kaisers und der Kaiserin vor dem Hauptportal des landwirthschaftlichen Museums vor. Ein dreifaches Hoch begrüßte das Erscheinen des Herrscherpaares. Unter Vortritt der oben genannten drei Funktionäre, welche die Majestäten am Gitterthor des Vorgartens empfingen, betraten der Kaiser und die Kaiserin die Eingangshalle, nahmen den Gruß der anwesenden Mitglieder des königlichen Hauses entgegen und ließen sich dann den Erbauer des landwirthschaftlichen Museums A. Tiede und die Architekten der Ausstellung, A. Heyden und W. Kyllmann, vorstellen, welche ebenso wie Herr Tiede gestern zu Bauräthen ernannt worden sind. Der jetzt beginnende Rundgang durch die Ausstellungsräume nahm nahezu dritthalb Stunden in Anspruch. Mit wunderbarer Frische und Lebendigkeit unterzog sich der greise Monarch der ermüdenden Wanderung; das lebhafte Interesse, welches die Ausstellung in ihm erregte, ließ ihn die Anstrengung leicht überwinden. Für Jeden wußte er ein freundliches, ermunterndes Wort. Der Verdienste der Direktion und der Architekten gedachte er in besonders warmen Ausdrücken.

Gegen 12½ Uhr erst verließen die hohen Herrschaften die Ausstellung, in welcher sich inzwischen wohl einige tausend Besucher eingefunden hatten, darunter der chinesische Gesandte und dessen Gemahlin.

Ausland.

London, 21. April. Es unterliegt kaum mehr einem Zweifel, daß Gladstone Premier-Minister wird. „Das Land" zwingt ihn hierzu und er läßt sich gern zwingen. Wohl wird die Königin vielleicht zuerst „um Lord Granville schicken", wie die Redensart ist, allein dieser dürfte der Monarchin erklären, daß nur Gladstone allein ein ersprießliches Kabinet zu Stande bringen könnte. Die ganze Angelegenheit eines Ministerwechsels spinnt sich in England so regelmäßig, fast automatisch in gewissen hergebrachten Formen allwie auf dem Theater. Die Königin schickt „um den Chef der Opposition", dieser übernimmt entweder den Auftrag der Bildung eines Kabinets, oder er bezeichnet der Königin einen anderen Staatsmann zu diesem Zwecke.

Nach einigen Tagen, wenn der neue Premierminister sein neues Kabinet gebildet hat, meldet derselbe die Thatsache der Königin, worauf von derselben ein Geheimrath einberufen wird. In der ersten Hälfte desselben erscheinen die alten Minister mit ihren Amtssiegeln und traditionellen „Portefeuilles" und legen die ersteren in die Hände der Königin zurück unter tiefer Verbeugung und Handkuß. Sobald diese Ceremonie vorüber ist, erscheinen die neuen Minister, denen die Königin die Siegel einhändigt, worauf die Staatssekretäre (so heißen die Minister) zum Handkusse zugelassen werden. Im Jahre 1874 ereignete es sich, daß die abgehenden Minister ihren Nachfolgern auf der großen Treppe im Windsor-Schlosse begegneten. Dieser allzu theatralischen Szene soll dieses Mal vorgebeugt werden, indem die neuen Minister erst eine Stunde nach dem Abgange der alten zum „Handkusse" befohlen werden.

Lord Beaconsfield hegte den Wunsch, vor eröffnetem Parlamente seine Politik auf das Eingehendste zu vertheidigen. Dieser Wunsch wurde von der Königin mißbilligt und Prinz Leopold übermittelte diesen Bescheid an Beaconsfield. Prinz Leopold ist, wie früher der Prinzgemahl, jetzt persönlicher Rathgeber der Königin. Die Königin leidet seit Längerem häufig an Kopfschmerz. Der Vertraute des Lords Beaconsfield, sein Sekretär Corvy, hatte eine lange Unterredung mit Lord Granville. Wie ich erfahren, bestand die Sendung Corvy's darin, dem Lord Granville mitzutheilen, daß die Königin sich trotz Gladstone's Triumph bei den Wahlen angesichts der Haltung desselben in auswärtigen Fragen und angesichts seiner prononzirten Voreingenommenheit gegen die deutsch-österreichische Politik und den Berliner Vertrag nur schwer zu einem Kabinet Gladstone entschließen könne. Es sei also die Frage, ob nicht doch wegen der Unruhe des Kontinentes, welche angesichts einer Gladstone'schen Premierschaft sich geltend macht, ein liberales Kabinet mit Lord Granville als Premier gebildet werden werden könnte. Wie Granville antwortete, ist noch nicht bekannt, dagegen verlautete, daß Lord Hartington, welchem gleichfalls die Bildung des Kabinets angetragen wurde, darauf verzichtete und auf Gladstone als Premier hinwies. Im Augenblick dauert die Ministerkrisis noch fort und der künftige Premier ist noch nicht bekannt.

Petersburg, 19. April. Ihre Majestät die Kaiserin ist heut wieder etwas schwächer und hat das Bett nicht verlassen. Sobald es das Wetter irgend erlaubt, werden beide Majestäten nach der Krim aufbrechen, wo bereits alle Vorbereitungen für ihren Aufenthalt getroffen sind. Die Abreise wird wahrscheinlich schon in acht Tagen erfolgen.

Auch Fürst Gortschakow wird auf Rath seines Arztes, des Dr. Koslow (General-Inspektor der Militär-Medizinal-Verwaltung), ins Ausland reisen. Ein mildes Klima und völlige Enthaltsamkeit von Geschäften sind eine Hauptbedingung nicht seiner völligen Herstellung, woran wohl kaum zu denken ist, sondern der Erhaltung seines Lebens. Die Geschäfte des auswärtigen Amtes werden, wie früher, von dem Gehülfen des Kanzlers Herrn von Giers geleitet, welcher auch den Kaiser in die Krim begleiten wird.

Der Gehülfe des Stadt-Präfekten Surow, Oberst Feodorow, ist zum Polizei-Chef des Winterpalais und aller anderen Kaiserlichen Palais der Hauptstadt und der Umgegend ernannt worden. Die Aufsicht im Innern des Winterpalais ist von ihm verschärft worden. Selbst die Hofbeamten, welche dort zu thun haben, dürfen nur in Uniform oder Vice-Uniform erscheinen und müssen sich, falls sie nicht sehr genau persönlich bekannt sind, von einem der die Aufsicht führenden Soldaten begleiten lassen.

In einigen Kreisen spürt man einen großen Mangel an Dorfgeistlichen, was bei der traurigen pekuniären Stellung dieser Männer nicht verwundern kann. Der Dorfpfarrer, welcher verheirathet sein muß und oft große Familie hat, ist fast nur auf den Ertrag der wenigen zum Pfarrhause gehörigen Hektare Landes angewiesen, die er selbst, oft sogar ohne Hülfe eines Knechtes, zu bebauen hat. Freilich sollen ihm die Bauern dabei helfen, aber sie thun dies nur ungern, und gewöhnlich zu einer Zeit, wo es nicht passend ist. Den Zehnten in Natura, welcher dem Dorfpfarrer zukommt, sucht der Bauer so viel als möglich zu kürzen. Die baaren Einnahmen des Geistlichen sind selten und gering. Dazu kommt noch, daß der Kandidat, welcher seine Studien im geistlichen Seminar vollendet hat, bis zum dreißigsten Jahre warten muß, ehe er eine Pfarre erhalten kann. Er muß zuerst von der Pike auf dienen; einige Jahre lang ist er nichts als Kirchendiener, dann wird er Diakon und zuletzt Pfarrer Als Kirchendiener kommen ihm nur 40 Rubel jährlich zu, wovon kein Mensch bestehen kann. Man darf sich daher nicht wundern, wenn viele Seminaristen umsattelten und durch Universitäts-Studien sich auf einen besseren Broderwerb vorbereiteten.

Um dies zu verhüten, verbot der Ober-Prokurer der Synode, Graf Tolstoy, welcher zugleich Unterrichts-Minister ist, den Seminaristen den Besuch der Universitäten. Das machte natürlich viel böses Blut. Wollte man die Kandidaten zugleich zu Dorfschullehrern verwenden, welche 200 Rubel Gehalt bekommen, so würde man sie an ihre Laufbahn fesseln und auch den Gemeinden tüchtige, ergebene Lehrer geben. Leider geschieht dies nicht. Die Dorfschullehrer, welche doch eigentlich der Jugend Lesen, Schreiben und etwas Rechnen beizubringen haben, sollen „Pädagogen" sein. Es wurden daher Dorfschullehrer-Seminare eingerichtet, in welche alle möglichen jungen Leute aufgenommen werden und eine für ihren Stand viel zu hohe Erziehung erhalten. Ist diese aber einmal vollendet, so fällt es ihnen gar nicht ein, die Stellung eines Dorfschullehrers anzunehmen, sondern sie suchen sich bei Eisenbahn-, Telegraphen- und anderen Verwaltungen besser belohnte Stellen.

Die Uebel, welche aus dem Mangel an Dorfgeistlichen und Dorfschullehrern erwachsen, sind leicht zu begreifen. Die Bauern, ohne Belehrung, aber mit dem Drange nach religiösem Unterricht beseelt, legen sich die heilige Schrift nach ihrem eigenen Sinne aus und wenden sich zu Tausenden zum Raskol. Die Zahl der russischen Raskolniki (Ketzer) wird auf mehr als 11 Millionen berechnet. Die Dorfschulmeister haben in vielen Gemeinden eine traurige Stellung. Wenn sie sich mit dem intriganten Wolostschreiber nicht gut stehen, können sie unter allen möglichen faulen Vorwänden eingesperrt und sogar mit Ruthen gezüchtigt werden. Die so gepriesene freie Wolost-Verwaltung hat ihre großen Schattenseiten, welche erst jetzt durch die neu geschaffene Landpolizei, die Uriadniki, nach und nach ans Licht treten.

— Der neueste „Golos" enthält einen Leitartikel über die strategische Lage des westlichen Theils des Amur-Landes. Dieses Gebiet ist von Jekatharinenburg 4000 Kilometer entfernt und von dem übrigen Sibirien durch Bergketten mit einer einzigen Straße getrennt, während die Chinesen zu mehreren Theilen der Grenz- und Vertheidigungslinie ganz ungehinderte Zugänge haben. Diese Uebelstände werden noch dadurch vermehrt, daß auf Grund des Vertrages von Aigun (1858) die chinesischen Niederlassungen auf dem linken Ufer des Amur auf 50 Kilometer unterhalb Blagoweschtschensk der mundschurischen Obrigkeit unterstellt worden sind. Die Verlängerung der Operations-Linie vom transbaikalischen Bezirk den Amur abwärts kann auf eine Ausdehnung von 1500 Kilometer bei dem ersten Zusammenstoß mit China unterbrochen werden, und der „Golos" schlägt deshalb ein Vertheidigungssystem des oberen und mittleren Amur bei Strelka, nahe der Stanitza Pokrowska, bei Blagoweschtschensk, gegenüber den Mündungen der Flüsse Ui und Sungari und die Entwickelung der Stromflotte auf dem Amur als unaufschiebbar vor.

Provinzielles.

Stettin, 23. April. Gelegentlich der Feier des diesjährigen allgemeinen Buß- und Bettages in Preußen dürfte es erwähnenswerth sein, daß derselbe an diesem Tage und in dieser Jahreszeit, in der Mitte zwischen Ostern und Pfingsten, diesmal vielleicht zum letzten Male gefeiert worden ist. Bekanntlich haben sich fast alle Vertretungen der deutschen Landeskirchen, wenigstens im nördlichen Deutschland, im Einverständniß mit den betreffenden Kirchenregierungen und auf Veranlassung derselben für die Einführung eines gemeinsamen Landesbußtages für ganz Deutschland ausgesprochen und ist für denselben der letzte Freitag des Kirchenjahres, also der nach dem Todtenfest und vor dem ersten Advent, in Aussicht genommen. Nachdem sich die erste ordentliche Generalsynode der 8 älteren Provinzen der preußischen Landeskirche, ebenso wie die Synode von Schleswig-Holstein und Nassau für die Verlegung des bisherigen Bußtages auf den obengenannten Tag ausgesprochen haben, dürfte die baldige Anordnung desselben zunächst für die preußischen Gebiete der evangelischen Kirche Deutschlands in naher Aussicht stehen.

— Als der Bauerhofsbesitzer K a n t z e l b a c h aus Pommerensdorf gestern Nachmittag in Begleitung eines Knechtes auf seinen zwischen Pommerensdorf und Capcheri belegenen Acker kam, um dort zu pflügen, bemerkte er auf demselben drei Männer, welche sich dort gesonnt hatten und dabei eingeschlafen waren. Er weckte dieselben und forderte sie zum Fortgehen auf; diese kamen jedoch dieser Aufforderung nicht nach, waren vielmehr sehr ungehalten, daß sie aus ihrem Mittagsschlaf gestört worden waren, und der eine schlug sofort den Kantzelbach ins Gesicht, daß derselbe stark blutete, während der zweite einen Feldstein ergriff und damit so lange auf K. einhieb, bis dessen Knecht zu Hülfe kam. Da entliefen die drei Männer, stellten sich jedoch in einigen Stunden wieder ein und drohten mit Messern und Knütteln. Kantzelbach zog es vor, die Pferde abzuspannen und sich mit dem Knecht eiligst davon zu machen, um aus dem Bereich der rohen Burschen zu entkommen. Diese ließen nun ihre Wuth an den auf dem Felde zurückgelassenen Geräthschaften aus und zertrümmerten dieselben. Zum Glück kamen andere Personen herbei und es gelang, zwei der Männer, die Arbeiter August Langkabel und Christian Klünder festzunehmen, während der dritte entkam.

— In dem Schaufenster der Dannenberg'schen Musikalien-Handlung auf der Breitenstraße ist eine äußerst gelungene größere Photographie eines unserer beliebtesten Kanzelredners, des Herrn Divisions-Pfarrers G e h r k e, ausgestellt, welche aus dem photographischen Atelier der Herren Gebrüder S i e b e hierselbst hervorgegangen ist.

Eldena, 20. April. Die hiesige Landwirthschaftsschule begann das Sommersemester mit 71 Schülern, welche sich auf die einzelnen Klassen wie folgt vertheilen: Prima 13, Sekunda 17, Tertia 18, Quarta 12, Quinta 11. Von diesen 71 Schülern gehören der Provinz Pommern 61, der Provinz Brandenburg 6 und der Provinz Posen und dem Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz je 2 an. Von den pommerschen Schülern sind 27 aus dem Kreise Greifswald, je 7 aus den Kreisen Franzburg und Rügen, 6 aus dem Kreise Usedom-Wollin, 3 aus dem Kreise Grimmen, je 2 aus der Stadt Stralsund und dem Kreise Demmin, je 1 aus den Kreisen Anklam und Ueckermünde und 5 aus Hinterpommern.

Wieck bei Eldena. Der für den kommenden Sommer geplante Bau einer Drehbrücke über den Ryck, welche für unsern Ort nachgerade zu einem unabweisbaren Bedürfniß geworden ist, wird vorläufig noch nicht zur Ausführung gelangen, da die betreffenden Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gediehen sind. Damit ist auch das Projekt einer Verbindung der beiden akademischen Güter Eldena und Ladebow durch eine über die gedachte Brücke zu legende Pferde-Eisenbahn vorläufig gegenstandslos geworden.

Vermischtes.

— (Rache eines Blödsinnigen.) Aus Ebersberg bei Linz wird vom 19. d. Mts. geschrieben: Der Besitzer des Bauerngutes „Krem" in Hürsing, Gemeinde Kremsdorf, Pfarre Ansfeld, Herr Mitterwurzer, hatte seit länger als fünf Jahren aus Erbarmen einen etwas blödsinnigen, aber durchaus nicht gefährlichen Burschen, der gegenwärtig 22 Jahre zählt, als Hirte in Verwendung. Der Bursche hatte letztere Zeit sich in die 18jährige einzige Tochter seines Brodgebers verliebt und überhäufte dieselbe mit Liebesanträgen, welche aber von dem schönen Mädchen aus leicht erklärlichen Gründen stets zurückgewiesen wurden. Den Burschen im Orte war die Neigung des Hirten zu der Tochter seines Dienstherrn nicht entgangen, weshalb sie ihn bei den Zusammenkünften im Gasthause wegen baldiger Hochzeit mit der reichen Bauerndirne neckten, worauf der Hirte verdrossen sofort das Gasthaus verließ. Auch diesen Sonntag wurde er von den Burschen geneckt, worauf er sich aus dem Gasthause entfernte und in das Bauernhaus eintrat. Der Zufall wollte, daß der Hirte bei seinem Eintritt schon im Vorhause seiner vermeintlichen Geliebten begegnete und sie bestürmte, ihm offen zu sagen, ob sie ihn heirathen wolle; das Mädchen antwortete scherzend, „aber geh' Franz, was Dir nicht einfällt", und verließ das Haus. Der Bursche legte sich hierauf zu Bette, und als alle Personen im tiefen Schlafe lagen, stand er auf, eilte in die Scheuer und hier zündete er die reichen Vorräthe von Heu und Stroh an, worauf in einem Augenblick das ganze geräumige Haus in hellen Flammen stand. Das Feuer verbreitete sich hierauf mit derartiger Schnelligkeit, daß, ehe an eine Rettung zu denken war, an 16 Bauernhöfe in hellen Flammen standen. An eine Rettung des Viehes war nicht zu denken. Leider erlitt das Bauernmädchen, welches in einer separirten Kammer schlief und nicht rechtzeitig erwachte, auf ihrer Flucht derartige schwere Brandwunden, daß sie in Lebensgefahr schwebt. Der Schaden ist enorm, doch sind die meisten Besitzer der Bauernhöfe assekurirt. Der Brandstifter, welcher flüchten wollte, wurde von der Gendarmerie ergriffen und dem Gerichte übergeben.

— (Ein kleiner Irrthum.) Verschiedene Journale brachten die Nachricht, daß im heurigen Sommer aus Anlaß der vor zwölfhundert Jahren stattgefundenen Gründung Bad Gasteins von der dortigen Kurkommission eine Gedächtnißfeier veranstaltet werde. Dieser Mittheilung waren gleichzeitig einige historische Daten beigegeben. Nun scheint es aber, daß die Kurkommission von Bad Gastein mit ihrer Verlautbarung etwas unüberlegt vorgegangen ist, denn in der „Salzburger Zeitung tritt Dr Zillner, eine Autorität in Fragen salzburgischer Geschichte, „der zwölfhundertjährigen Gedächtnißfeier Bad Gasteins mit der Erklärung entgegen, daß der zwölfhundertjährige Bestand und Betrieb des Bades zu Gastein unerwiesen und gar nicht nachweisbar" sei und „daß mit vermessenem Griffe um sieben Jahrhunderte zu viel in das diesfällige Festprogramm aufgenommen" wurden. An der Hand authentischer Daten weist Dr. Zillner nach, daß erst im Jahre 1350 Andeutungen vorkommen, die auf das Vorhandensein des Bades Gastein schließen lassen. Man ist allgemein gespannt, was die Kurkommission von Bad Gastein den Ausführungen Dr. Zillner's erwidern wird, ja was sie überhaupt auf dieselben erwidern kann. Es wäre jedenfalls für die Kurkommission einigermaßen unangenehm, wenn die Firma der Gedächtnißfeier plötzlich geändert und aus einer „zwölfhundertjährigen" eine „fünfhundertjährige" gemacht werden müßte.

— Die diplomatischen Vertreter der hohen Pforte in den europäischen Hauptstädten wurden, wie man aus Wien meldet, in den letzten Tagen durch eine sehr unangenehme Mittheilung überrascht. Es wurde ihnen kundgethan, daß die Regierung des Sultans beschlossen habe, ihre Bezüge wesentlich herabzusetzen. Die ottomanischen Botschafter in Wien, Berlin, Petersburg und London werden von nun ab anstatt eines jährlichen Gehaltes von 60,000 Gulden in österreichischer Währung nur ein solches von etwas über 40,000 Gulden beziehen. Einer dieser Diplomaten soll übrigens bei dem Empfange dieser Meldung resignirt ausgerufen haben: „Insch Allah! Was nützte mir auch das nichtreduzirte Gehalt, wenn ich es nicht erhalte!" — In demselben Maße, wie die Bezüge der Botschafter, werden auch jene der Gesandten an den kleineren Höfen, der Konsuln, wie nicht minder der Gesandtschafts- und Konsular-Beamten herabgesetzt.

Literarisches.

Dr. **von Scherzer, Weltindustrien.** Studien während einer Fürstenreise durch die britischen Fabrikdistrikte. Preis 8 Mark. Verlag von Julius Maier in Stuttgart. Als Se. kaiserliche und königliche Hoheit, Kronprinz Rudolph von Oesterreich, vor zwei Jahren Großbritannien besuchte, wurde Herrn Dr Karl von Scherzer (zu jener Zeit österreichisch-ungarischer General-Konsul) die Ehre zu Theil, dem kaiserlichen Prinzen während einer Bereisung der britischen Fabrikdistrikte als Führer dienen zu dürfen. — Der gelehrte Verfasser der vorliegenden Studien, auf wirthschaftlichem Gebiete eine Autorität ersten Ranges, hat damit dem deutschen Lesepublikum eine Gabe geboten, welche in einem Momente als besonders zeitgemäß und willkommen bezeichnet zu werden verdient, wo die wirthschaftlichen Interessen alle anderen in den Hintergrund drängen. Fast in jedem Kapitel findet sich eine Nutzanwendung für die deutsche Wirthschaftspolitik. — Obschon mit großer Objektivität geschrieben, geht doch durch das Ganze ein freihändlerischer Zug und eine warme Sympathie für Großbritannien, welches sein politisches Ansehen, seine Macht und seinen Wohlstand hauptsächlich seiner wirthschaftlichen Größe verdankt. Durch die Fülle des Gebotenen ein wahrer Schatz von Belehrung, gewährt das Werk zugleich durch die glückliche Art der Darstellung eine für derartige Arbeiten ganz ungewöhnlich interessante und anziehende Lektüre. [50]

Das Frauenleben der Erde aus der Feder A. v. Schweiger-Lerchenfelds. Verlag von Hartleben in Wien.

Die Idee, dem weiblichen Publikum sein eigenes Geschlecht aller Rassen und aller Himmelsstriche in der Form farbiger, Phantasie und Geist anregender Schilderungen vorzuführen, ist gewiß eine ebenso originelle als glückliche. Es ist deutscher Sammelfleiß, der hier im Bunde mit seltener Belesenheit unseren Frauen und Familien ein ungemein buntes und abwechslungsreiches Gemälde all jener Lebenserscheinungen giebt, die mit der „schöneren Hälfte" des Menschengeschlechtes verknüpft sind. Der Autor hat es übrigens trefflich verstanden, das scheinbar z u abgeschlossene Thema in unzählbaren Farbenbildern und Formengestalten wiederzugeben. Kaukasier und Araber, Kirgisen, Juden, Malayen, Chinesen und Japaner, die Völker Europas, dann die angelsächsischen und romanischen Kultur-Repräsentanten der beiden amerikanischen Kontinente, sowie der ganze Schwarm von afrikanischen, australischen und ozeanischen Naturvölkern — sie alle weisen ihre originellen Seiten im Frauen- und Familienleben auf, in ihrem Gebahren in Steppen, Gebirgen und Niederlassungen bis zu den europäischen Kulturcentren hinauf. Die zahlreichen, höchst interessanten Illustrationen (Typenbilder, Haus- und Familienscenen, Geräthe, Schmucksachen u. s. w.) sind durchwegs gelungen, und so gewährt dieses treffliche Werk nicht nur eine höchst anregende Lektüre, sondern es vertritt gewissermaßen auch den Anschauungs-Unterricht, der gerade bei einem solchen Buche unerläßlich ist. „Das Frauenleben der Erde", welches in glänzender Ausstattung, geschmückt mit 200 Abbildungen in Lieferungen à 30 kr. = 60 Pf. erscheint, sei somit der Beachtung unserer Leserinnen und Leser bestens empfohlen! [51]

Telegraphische Depeschen.

Wien, 22. April. Dem Abgeordnetenhause wurde heute die mit Serbien vereinbarte Eisenbahn-Konvention vorgelegt. Die vom Budgetausschusse beantragte Resolution betreffend die Anstellung czechischer Lehrkräfte an der Universität in Prag wurde vom Hause mit 163 gegen 147 Stimmen angenommen.

Wien, 22. April. Die „Politische Korresp." meldet:

Aus Madrid: Der päpstliche Nuntius hat von Spanien ein Asyl für die aus Frankreich vertriebenen Jesuiten verlangt, der Ministerpräsident, Canovas del Castillo, hat versprochen, daß einer bestimmten Anzahl von Jesuiten der ungehinderte Aufenthalt in Spanien, mit Ausnahme der baskischen Provinzen, gestattet werden soll.

Wien, 22. April. Nach Konsularberichten ist es wenig wahrscheinlich, daß die Besitzergreifung des neuen Territoriums durch Montenegro friedlich erfolgen werde. Die türkischen Truppen beginnen abzuziehen, aber die Bevölkerung dürfte den ernstesten Widerstand leisten. Derselbe besäße indeß vorläufig nur lediglich den Charakter eines lokalen Ereignisses.

Paris, 22. April. Senat. Casayon-Latour von der Rechten richtet eine Anfrage an die Regierung über die bei der Territorial-Armee erfolgte Absetzung einer größeren Anzahl von Offizieren und macht dem Kriegsminister den Vorwurf, daß er die Politik in der Armee einführen wolle. Der Kriegsminister erwiderte, ein Beschluß des Staatsrathes habe ihm das Recht gegeben, so zu handeln, wie er gethan habe, mehrere der von der Absetzungs-Maßregel betroffenen Offiziere seien unfähig gewesen, andere hätten Wahlversammlungen besucht, er werde in der Armee keine Politik dulden, aber auch keine Offiziere, welche der Regierung feindlich gegenüberständen.

Deputirtenkammer. Der bonapartistische Deputirte Godelle interpellirte die Regierung über mehrere Angaben, welche der frühere Sekretär des General-Gouverneurs von Algier, Gournault, in einer Zuschrift gemacht hatte und richtete dabei heftige Angriffe gegen die Verwaltung von Algier, dessen Lage in Folge von Mißbräuchen aller Art eine sehr üble sei. Am Schlusse der Interpellation beantragte Godelle eine parlamentarische Enquete. Der Minister des Innern erklärte sich mit einer parlamentarischen Enquete durchaus einverstanden, sprach sich gleichzeitig aber auch über die Verwaltung des General-Gouverneurs Albert Grevy in Algier vollständig billigend aus und erklärte, denselben mit seiner Verantwortung decken zu wollen. Albert Grevy, der als Deputirter der Sitzung beiwohnte, erörterte die von Gournault in seiner Zuschrift gemachten Angaben, widerlegte die Beschuldigungen des Interpellanten Godelle und wies nach, daß die Lage Algiers eine ganz vorzügliche sei. Die weitere Ausdehnung der Civil-Regierung auf ganz Algier werde zu den besten Resultaten führen. — Gegen die Bonapartisten Baudry d'Asson und Cuneo d'Ornano wurde wegen mehreren Unterbrechungen und Aeußerungen die Censur verhängt. In Bezug auf einige vom Interpellanten Godelle bei der Erwiderung auf Grevy's Rede gebrauchte Worte bemerkte der Kammerpräsident, daß er dieselben als dem Präsidenten der Republik gegenüber zu gebieterische betrachte. Schließlich nahm die Kammer eine Tagesordnung an, in welcher erklärt wird, daß die Kammer von den Erklärungen der Regierung befriedigt und der Ueberzeugung sei, daß die Civilregierung allein die Wohlfahrt Algiers sichern könne. Die Rechte betheiligte sich nicht an der Abstimmung.

Rom, 22. April. Der Deputirte Cavalotti machte Mittheilungen über seine Ausweisung aus Triest und bemerkte dabei, der Polizeidirektor von Triest habe ihm erklärt, daß der Ausweisungsbefehl von dem Ministerium in Wien herrühre. Ministerpräsident Cairoli wiederholte die bereits in der Sitzung vom 17. d. Mts. gegebenen Erklärungen und fügte hinzu, die Regierung habe sich nicht an das zu halten, was der Polizei-Direktor gesagt habe, sondern an dasjenige, was aus den zwischen ihr und der österreichischen Regierung gewechselten Erklärungen hervorgehe. Cavalotti bemerkte, daß er durch die Erklärungen des Ministerpräsidenten nicht befriedigt sei, seitens der Kammer wurde dem Zwischenfalle indeß eine weitere Bedeutung nicht gegeben.

London, 22. April. Gutem Vernehmen nach hat die Königin das Entlassungsgesuch Lord Beaconsfields angenommen und ist Lord Hartington heute zu einer Audienz bei der Königin nach Windsor eingeladen worden.

London, 22. April. Lord Hartington ist in Folge der Berufung der Königin heute Nachmittag 2 Uhr in Windsor eingetroffen.

London, 22. April. Das „Berl. T.-Bl." erfährt, daß Lord Hartington es ablehnte, die Kabinetsbildung zu übernehmen und der Königin hierfür Gladstone empfahl.

Bukarest, 22. April. Das amtliche Blatt veröffentlicht eine Zusammenstellung über die Kadres der Territorial-Armee, welche für die Folge aus 30 Dorobanzen- und 12 Kalaraschi-Regimentern besteht und in 5 Divisionen eingetheilt ist. Die 5. Division wird von der Dobrudscha gestellt.